



Kurzinformation

Kooperationspartner der Zentralen Meldestelle des BKA für strafbare Inhalte im Internet

Auftragsgemäß wird der Frage nachgegangen, inwieweit eine Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Institutionen als Kooperationspartner der Zentralen Meldestelle im Bundeskriminalamt für strafbare Inhalte im Internet (ZMI BKA) im Kontext einer genuin hoheitlichen Tätigkeit wie der Strafverfolgung zulässig ist.

Das ZMI BKA war ursprünglich mit Blick auf das Netzwerkdurchsetzungsgesetz zur Entgegennahme von Meldungen sozialer Netzwerke eingerichtet worden.¹ Als Nachfolgeregelung verpflichtet auch Art. 18 Digital Services Act (DSA)² die Anbieter von Hostingdiensten, die Strafverfolgungsbehörden des jeweiligen Landes zu unterrichten, wenn ihnen Informationen vorliegen, die den Verdacht begründen, dass eine Straftat gegen das Leben oder die Sicherheit einer Person oder mehrerer Personen begangen wurde oder begangen werden könnte. Zur Konkretisierung wird in § 13 des Digitale-Dienste-Gesetzes (DDG)³, bei dem es sich um das nationale Durchführungsgesetz zum DSA handelt, das BKA als Zentralstelle für die Entgegennahme von Meldungen der Hostingdiensteanbieter benannt. Die entgegengenommenen Informationen werden vom ZMI BKA im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben nach dem Bundeskriminalamtgesetz (BKAG)⁴ verarbeitet und an die jeweils zuständigen Strafverfolgungsbehörden weiterleitet.

Neben ihrer Zentralstellenfunktion nach § 13 DDG nimmt die ZMI BKA zusätzlich auch Meldungen über potenziell strafbare Online-Inhalte von Kooperationspartnern bei der Justiz sowie zivilgesellschaftlichen Trägern entgegen. Diese werden nach erster Prüfung und Aufbereitung an für

-
- 1 Maamar: § 4 Sorgfaltspflichten der Anbieter von Vermittlungsdiensten, in: Kraul (Hrsg.): Das neue Recht der digitalen Dienste. Digital Services Act (DSA), 2023, S. 121; Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Zentrale Meldestellen im BKA für strafbare Inhalte im Internet, WD 10 – 3000 – 032/23.
 - 2 Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste).
 - 3 Deutscher Bundestag: Bundestag stimmt für die Umsetzung des Digital Services Act, abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw03-de-digitale-dienste-986292> (zuletzt abgerufen – wie auch alle anderen URL – am 3.5.2024).
 - 4 Bundeskriminalamtgesetz vom 1. Juni 2017 (BGBl. I S. 1354; 2019 I S. 400), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2632; 2023 I Nr. 60) geändert worden ist.

die Ermittlungen und die Strafverfolgung örtlich zuständige Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet.⁵ Vorgänge, die die ZMI BKA als strafrechtlich nicht relevant bewertet, werden der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main, Zentralstelle zur Bekämpfung der Hasskriminalität, zur abschließenden Entscheidung über eine justitielle Einstellung vorgelegt.⁶ Strafrechtlich relevante Hinweise, die nicht in den Zuständigkeitsbereich des BKA fallen, übermitteln die Kooperationspartner eigenverantwortlich an die örtlich zuständigen Strafverfolgungsbehörden der Bundesländer.⁷

Die Rechtsgrundlage für diese Zusammenarbeit ergibt sich aus § 2 BKAG. Demnach unterstützt das BKA die Polizeien des Bundes und der Länder bei der Verhütung und Verfolgung von Straftaten mit länderübergreifender, internationaler oder erheblicher Bedeutung. Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe sammelt das BKA erforderliche Informationen, wertet sie aus und unterrichtet die zuständigen Strafverfolgungsbehörden über die in Erfahrung gebrachten Zusammenhänge von Straftaten. Dabei stehen der Zentralstelle keine eigenen Ermittlungs- oder Anforderungskompetenzen zu.⁸ Wenn hingegen keine Zuständigkeit des BKA vorliegt, werden Anzeigen nur ausnahmsweise entgegengenommen und unmittelbar weitergeleitet, da sie vom BKA nicht abschließend bearbeitet werden dürfen.⁹

Zu den Kooperationspartnern, von denen die ZMI BKA Meldungen entgegennimmt, zählen aktuell die Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ des CyberCompetenceCenters (Hessen3C) des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, die Meldestelle „REspect!“ der Jugendstiftung im Demokratiezentrum Baden-Württemberg, die Landesmedienanstalten, die Generalstaatsanwaltschaft München und die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main.¹⁰ Nach Angaben der Bundesregierung soll die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen, justiziellen und medienrechtlichen Institutionen weiter ausgebaut werden.¹¹

Bejaht die ZMI BKA als Ergebnis ihrer Überprüfung der von den Kooperationspartnern übermittelten Meldungen eine strafrechtliche Relevanz und mögliche Gefährdungsaspekte, dann stellt sie nach Möglichkeit den mutmaßlichen Verfasser fest und übermittelt den Sachverhalt anschließend unmittelbar an die örtlich zuständigen Strafverfolgungsbehörden in den Bundesländern.

5 Bundestags-Drucksache 20/9032, S. 2.

6 Bundestags-Drucksache 20/10786, S. 2.

7 Bundestags-Drucksache 20/9032, S. 5.

8 Barczak: Nomos-Kommentar BKAG, 2023, § 2 Rn. 1; Kugelmann: Nomos-Kommentar BKAG, 2014, § 2 Rn. 3.

9 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: Zentrale Meldestellen im BKA für strafbare Inhalte im Internet, WD 10 – 3000 – 032/23; Bundeskriminalamt, abgerufen unter: <https://www.bka.de/Shared-Docs/FAQs/DE/Anzeige/anzeigeFrage02.html>; https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Aufgabenbereiche/Ermittlungen/ermittlungen_node.html.

10 Bundeskriminalamt: Meldestelle Hasspostings – Unsere Partner, abgerufen unter: https://www.bka.de/DE/KontaktAufnehmen/HinweisGeben/MeldestelleHetzeImInternet/ZMIPartner/zmipartner_node.html.

11 Bundesministerium des Innern und für Heimat: Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen – Instrumente der wehrhaften Demokratie nutzen, Februar 2024, S. 7; Bundestags-Drucksache 20/10786, S. 4.

Dort werden die Ermittlungen eigenverantwortlich durchgeführt. Dies geschieht auf der Grundlage von § 158 Abs. 1 Satz 1 Strafprozessordnung (StPO), wonach die Anzeige einer Straftat bei der Staatsanwaltschaft, den Behörden und Beamten des Polizeidienstes und den Amtsgerichten mündlich oder schriftlich erstattet werden kann. Strafrechtlich relevante Inhalte mit Internetbezug können insofern auch unmittelbar an diese Stellen gemeldet werden, die zur Entgegennahme von Strafanzeigen verpflichtet sind, soweit tatsächliche Anhaltspunkte i.S.v. § 152 Abs. 2 StPO für eine verfolgbare Straftat in ausreichender Weise vorliegen.¹²

Eine Strafanzeige kann jedermann erstatten, selbst wenn weder eine mittelbare noch eine unmittelbare Betroffenheit von der angezeigten Straftat vorliegt.¹³ Der Anzeigeerstatter darf sich auch vertreten lassen.¹⁴ Insofern ist es zulässig, dass neben der Möglichkeit, sich unmittelbar an die örtlich zuständigen Strafverfolgungsbehörden zu wenden, zusätzlich noch zivilgesellschaftliche, justizielle oder medienrechtliche Institutionen anbieten, Strafanzeigen entgegenzunehmen und an die jeweils zuständige Stelle weiterzuleiten. Allerdings wird die Vielzahl unterstützender Stellen bei der Erstattung von Anzeigen nicht nur positiv gesehen und die Befürchtung geäußert, dass Betroffene durch das unübersichtliche Angebot im Zweifel sogar von einer Meldung abgehalten werden könnten.¹⁵

Das Ermittlungsverfahren beginnt, wenn die Strafverfolgungsbehörden von einer Straftat erfahren. Das ist bei Anzeigen auch dann der Fall, wenn diese von einer zivilgesellschaftlichen Institution aufgenommen und an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden.

12 Goers, in: Beck-Onlinekommentar StPO, 50. Ed. 1.1.2024, StPO, § 158 Rn. 17.

13 Goers, in: Beck-Onlinekommentar StPO, 50. Ed. 1.1.2024, StPO, § 158 Rn. 8; Weingarten, in: Karlsruher Kommentar zur StPO, 9. Aufl. 2023, StPO, § 158 Rn. 4.

14 Weingarten, in: Karlsruher Kommentar zur StPO, 9. Aufl. 2023, StPO, § 158 Rn. 8.

15 Hoven/Heuser: Die Verfolgung von digitalem Hass aus Sicht von Betroffenen – Probleme und Lösungswege, ZfDR 2023, 363.